

werden bei allen hiesigen...
Nr. 1 - für die Schweiz (Streuhand)
Nr. 2 - für Deutschland (Gouberl)
L. 1.70 für Oesterreich (Gouberl)
Nr. 3.50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Streuhand)

Inserate

Die billigsten...
25 Gd. - 30 Pf.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst
monatlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsanstalt
Gottlob Meier
No. 25, 26, 27, 28
Poststrasse.

Briefe an die Redaktionen und Expedition des in Deutschland und Oesterreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Revolutionäre wider Willen.

Wir wollen dieses unerhörte Thema, mit welchem wir uns schon so oft zu beschäftigen hatten, heute nur von dem Gesichtspunkte einer bestimmten Frage, die jetzt allerorts in den Vordergrund gedrängt wird, behandeln. Wir meinen die Militärfrage, die riesige Vermehrung der Armee - dieses kirchthurmweitren der raffinierten Barbarei, in welchem das Bismarck'sche deutsche Reich unzweifelhaft „an der Spitze“ ist.

Dass diese ungeheuren Rüstungen mindestens in ebenso hohem Maße dem inneren wie dem äußeren Feind gelten, das ist eine so bekannte Tatsache, daß es eine Befehdung für den Leser wäre, wollten wir es erst zu beweisen suchen.

Seit dem Jahr 1878 arbeitet die „Reaktion“ in Deutschland plammäßig daran, die Arbeiter zu Putsch und Aufständen zu verleiten. Und wir haben vor Kurzem erst ausgeführt, daß dies der einzige Zweck ist, den die vorläufig - jedoch auch nur vorläufig - ins Wasser gefallenen „Verschärfungen“ des Sozialistengesetzes haben konnten.

Die heutigen Machthaber glauben in ihrer vornehmen Verachtung aller ethischen und intellektuellen Faktoren mit der Pike, die schießt, und dem Säbel, der haut, ihr System auf ewige Zeiten erhalten zu können. Je mehr Flinten und Säbel, desto größer die Macht. Also immer mehr Flinten und Säbel. Oder, da die Pike zum Schießen einen Menschen braucht, der sie abdrückt, und der Säbel zum Hauen einen, der ihn schwingt, so lautet der Ruf:

Immer mehr Soldaten!

Durch das neueste Wehrgesetz, welches nicht das letzte sein wird, ist die Zahl der Soldaten in Deutschland um weitere 700,000 vermehrt worden. Zum Glück kann man sich auf Flinten und Säbel ebensowenig setzen, wie sprüchwörtlich auf Bajonnette. Und das Exempel unserer Feinde stimmt nicht.

Ein „deutscher Landwehrmann“ hat uns da einige recht charakteristische Betrachtungen geschickt, die wir hier folgen lassen. Zum Schluss werden wir ihnen einige Bemerkungen unsererseits antun.

Der Landwehrmann schreibt uns:

„Da man jetzt in Deutschland über die „Streitkräfte der Nation“ Heerschaue hält, so wollen wir auch nicht zurückbleiben und einmal über die Wehrkräfte des Volkes Herzschaue halten. Major Dinge hat die deutschen Streitkräfte, gediente und aktive, zusammengestellt, - demnach haben wir im Ganzen 3 Millionen gut gekulte und gedüllte Soldaten, welche ihre Dienstzeit beendigt haben und jetzt als Reserve, Landwehr und Landsturm sich im Zivilstand befinden; die höchste Altersklasse ist 45 Jahre. Nun gibt es aber noch ungefähr eine halbe bis eine Million gediente Soldaten, welche das 45. Jahr überschritten haben, - ist also nicht mehr wehrdienstpflichtig sind. - Zählt man diese zu den 3 Millionen, so erhält man die stattliche Zahl von 4 Millionen gedienter und gedüllter Soldaten in Zivil.“

Unter „Bertheiligung des Vaterlandes“ kann man Verschiedenes verstehen. Zum Beispiel: Gegen einen Staatsstreik, gegen eine Verschwörung von Volkshändlern, kurzum, es muß nicht immer gegen einen äußeren Feind sein.

Bekanntlich sind Revolutionen, oder richtiger Umwälzungen statt, wenn das alte System sich abgenutzt hat; früher wurde der Anlauf zum Sturz theilweise vorher unternommen, weil die Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse fehlte. Heute ist dies anders; richtige Revolutionäre schreiten dann zur Befreiung des Volkes, wenn die Vorbedingungen zur neuen Ordnung im genügenden Maße vorhanden sind. Alles Provozieren von Seiten der Regierung ist vergebens.

Die Sozialdemokratie wartet - natürlich die Zeit fortwährend benutzend um auszufüllen - bis die wirtschaftliche Lage eine derartige ist, daß aus der breiten Masse des Volkes selbst der Ruf ertönt: Die herzer und nicht weiter! Dann ist aber auch das Heer in Zivil revolutionär, dann schlägt der Militarismus in sein Gegentheil um; das Heer wird Volksheer.

Alles was zur Bekämpfung der Revolution in Szene gesetzt wird, schlägt in gegebenem Moment in's Gegentheil um“, sagt der französische Geschichtsforscher Rignet, und er hat Recht.

Der „solle Kitt“ zum Bankrott geht mit progressiver Geschwindigkeit vor sich. Jede Heeresvermehrung ist eine Vermehrung der Revolutionsarmee.“ Um im Falle, wenn die Offiziere und Unteroffiziere weggeschossen sind, nicht führerlos dazuliegen, werden jetzt schon die Mannschaften unterrichtet und geübt, die Kompagnie zu führen. Eine Einrichtung, sehr gut gegen den äußeren Feind; gegen den inneren aber lebensgefährlich für den Kaiserismus. Wer bürgt dafür, daß kein „Umkürzler“ die Führung der Kompagnie erhält? Man hängt sich jetzt sehr stark auf die Revolvergewehre gegen die „Arbeitermänner“. Aber die „Arbeitermänner“ im Regiment können sich auch sehr stark auf ihr Revolvergewehr stützen.

Wie wir sehen, haben wir keinen Grund, dem heutigen System der Heeresvermehrung und Revolvergewehre sehr zu zürnen, es geht Alles seinen richtigen Weg. Das müssen auch die Herren „Staatsmänner“, und deshalb möchten sie die Arbeiter so gern früher vor die Gewehre bringen, als die Arbeiter, oder richtiger die Verhältnisse es wollen.

Die dato ist das nicht gelungen, es wird auch ferner nicht gelingen. Ob die Arbeiter in Deutschland sich gezwungen sehen werden, loszuschlagen, hängt vom Gang der Entwicklung ab, treibt dieselbe dahin, kann werden sie den Kampf aufnehmen, wenn sie wollen, nicht wenn ihre Feinde es wollen. Das Ob hängt von den Gemäßigten ab, das

Wenn von den Arbeitern. Sehr fatal, Excellenz, aber es läßt sich trotz eines ganzen Ozean von Spiegeln nicht ändern!“
Dies die Zuschrift.

Vielleicht ist sie ein gesundes Pressen für irgend einen politischen Hohlkopf, der nun glaubt, einen „Beweis“ gefunden zu haben, daß „wir die Revolution vorbereiten.“ Nun - ist Einer dumm genug, so wollen wir ihm die Freude gern lassen.

Dass wir keine Revolution machen wollen und können, das ist schon so oft gesagt worden, daß es Wasser ins Meer tragen hiesse, wollten wir den Polzeibildbium nochmals widerlegen.

Aber es wäre alberne Vogelstrauß-Politik oder bodenlose Freigebit, wenn wir die Möglichkeit ignorieren wollten, daß das deutsche Volk einmal in die Lage versetzt werden kann, zu den Waffen zu greifen. Das deutsche Volk war schon wiederholt in der Lage - während der Bauernkriege und 1848 und 1849 - und thun die heutigen Gewaltthäter ernsthaft etwas dagegen, daß es nochmals in eine ähnliche Lage komme?

Thut das herrschende System nicht im Gegentheil sein Äußerstes, um das Volk auf den Weg der „gewalt-samen“ Revolution zu treiben?

Hat es die Hand nicht schon an das allgemeine Wahlrecht gelegt, dieses einzige Mittel für ein Volk, seine Forderungen gesetzlich und friedlich zu verwirklichen?

Werden nicht weitere Attentate auf das allgemeine Wahlrecht und auf die natürlichsten Rechte des Volkes geplant?

Setzen nicht die heutigen Machthaber allen Beschlüssen des allgemeinen Wahlrechts, die ihnen nicht konveniren - sei es daß sie auf Befreiung schreiender Mißstände abzielen, sei es, daß sie einen Ausbau der Volkrechte bezwecken, ein hartnäckiges, höhnisches Veto entgegen?

Wie nun, wenn das endlich erwachte deutsche Volk einmal Vertreter in den Reichstag entsendete, die ernsthaft Hand anlegten, den Anarchismus politischen und ökonomischen Mißwirthschaft zu reinigen, und die Machthaber sich dem mit aller Gewalt widersetzen?

Wie nun, wenn sie, außer Stande, den Reichstag oder das Volk durch fortgesetzte Auflösung des Reichstags zum Verzicht auf seine Forderungen zu bewegen, es unternehmen, das Volk mit Gewalt zu Paaren zu treiben, die Armee gegen das Volk zu verwenden?

Sind das so undenkbar Dinge?
Man sehe sich die maßgebenden Staatsmänner genauer an, studire ihre Vorgesichte und beantworte sich dann die Frage.

Kommt es aber dahin, dann ist auch der Augenblick gekommen, von dem der Einfender spricht - ein Mann, dessen Stimme um so mehr Beachtung verdient, als sie der Ausdruck der Stimmung vieler Tausender deutscher Arbeiter ist.

Dann ist auch der Augenblick gekommen, wo es sich zeigen wird, daß die Gewaltthäter vermittelst des Militarismus sich selber das Grab gegraben haben.

Je mehr die Heere des Despotismus durch ihre Massigkeit der allgemeinen Volksbewaffnung sich nähern, desto unzuverlässigere Werkzeuge in der Hand des Despotismus müssen sie naturgemäß werden.

Nur die Demokratie kann die allgemeine Volksbewaffnung durchführen - deshalb ist auch die Demokratie stärker als der Despotismus.

Der Despotismus schafft sich in dem auf die Spitze getriebenen Militarismus seinen eigenen Todengräber, er gibt dem Volk Waffen für den Kampf ums Recht, und treu seiner Mission als „Theil der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“, organisiert er die Armee der Volksbefreiung.

Die Aufgaben der deutschen Arbeitervereine im Ausland.

Von Karl Kautsky.

(Fortsetzung von Kautsky)

Aber auch für Deutschland sollten sie noch einmal von Wichtigkeit werden. Denn dem Sozialistengesetz. Dieses mag nicht nur zahlreiche erprobte Genossen, Deutschland zu verlassen, und führte so dem deutschen Arbeitervereinen im Auslande neue Kräfte zu; es machte diese Vereine nicht bloß wichtig durch die Unterstützung, die sie der bedrängten deutschen Sozialdemokratie zuwandten, es wies ihnen auch für einige Zeit wieder eine besondere politische Rolle zu.

Als die ersten Hiebe unter dem Schilde des Sozialistengesetzes gegen die deutsche Sozialdemokratie geführt wurden, da schien es, als ob diese erliegen sollte. Es mag dies wohl nicht den scharfen Maßnahmen der Regierungen allein zuschreiben sein, sondern zum Theil auch der Volkswuth, welche die Attentate Hödel's und Robling's gegen unsere Partei entsetzt hatten. Die Verleumdung, der „furor teutonius“, der mitunter ganz pöbelhaft den deutschen Philister ergreift und seinem Rührerthum den Ansehen höchster Männlichkeit verleiht, hat sich bisher als eines der besten Regierungsmittel des preussischen Kaiserthums gezeigt; er wurde mit Vortheil verwendet wider Franzosen, Juden und Sozial-

demokraten. Bismarck braucht indeß nicht übermäßig all zu werden, um ersehen zu können, wie diese sorglich großgezogenen Rationaleigentümlichkeit sich auch einmal gegen ihn selbst und sein System wendet. Im Lande des Sozialistengesetzes und der Verleumdung sechs Millionen Mann zu bemessen, ist ein gefährliches Experiment.

Nach den Attentaten Hödel's und Robling's richtete sich die Wuth gegen unsere Partei. Ein großer Theil Deutscher, die ihr bis dahin sympathisch gegenüber gestanden, wandte sich plötzlich gegen sie. Das mißvergnügte Philisterium, das sich an sie geknüttelt hatte, als sie die aufgehende Sonne schien, riß nun aus und brachte Verwirrung in unsere Reihen.

Dieses Verhalten der Massen dürfte meines Erachtens zum Theil erklären, warum die Partei vom Sozialistengesetz sich anfangs so leicht niederdrücken ließ. Wie dem auch sei, es schien eine Zeit lang, und nicht bloß im Auslande, als gäbe die Sozialdemokratie den Kampf auf. Es schien, als sei die alte Situation wiedergekehrt, wie sie vor 1848 bestanden, als müsse der Sozialismus noch einmal von Ruhen nach Deutschland getragen werden, als sei der Schwerpunkt des deutschen Sozialismus wieder im Auslande. Die alten, nie gänzlich erloschenen Traditionen erwachten wieder, vor Allem im Londoner kommunistischen Arbeiterbildungsverein, und dieser beschloß, der deutschen Sozialdemokratie von Ruhen zu senden, was das Sozialistengesetz im Reich unmöglich gemacht hatte: ein Organ, in dem sie sich offen ausdrücken konnte.

Aber bald ging man weiter. Der kommunistische Arbeiterbildungsverein beanspruchte eine Ausnahmestellung in der Partei; er wollte alle Rechte der Parteigenossenschaft genießen, aber keineswegs alle ihre Pflichten auf sich nehmen; sein Blatt sollte von den Parteigenossen als Parteiblatt betrachtet werden und den Einfluß eines solchen haben, ohne daß der Verein, d. h. die ihn dominierende Rost'sche Richtung, sich an die Parteibeschlüsse für gebunden erachtete. Er machte sich an, nicht in, aber der Partei zu stehen, er nahm nicht bloß das Recht auf Kritik in Anspruch, das ihm natürlich wie jedem Einzelnen und jeder Organisation in der Partei zustand, sondern auch das Recht, alle Genossen, die seine Einsätze und Vorschläge nicht gänzlich ausnahmen, zu beschimpfen; zu verleumden, ihnen die Ehre abzusprechen.

Aber noch glauben mochte, daß der sich entspinnde Konflikt bloß einer zwischen Rost und der sozialistischen Reichstagsfraktion sei, wie es Anfangs den Anschein hatte, und nicht einer zwischen einem Theil des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins und der Partei, der wurde eines Besseren belehrt durch dessen Haltung gegenüber dem Kongress zu Wgden, auf dem die deutsche Sozialdemokratie ihr Selbstbewußtsein und ihre Selbstständigkeit wieder gewann. Gerade dadurch wurde in London die Spaltung zwischen den Anhängern der „Freiheit“ und denen der deutschen Sozialdemokratie befestigt. Man that meines Erachtens Rost Unrecht, wenn man ihn als das entscheidende treibende Element in dieser Spaltung betrachtete. So weil ich die Verhältnisse hier kenne, erscheint mir Rost viel mehr als der damals Geschehene. Die Spaltungsbewegungen waren die thätigsten Elemente im kommunistischen Arbeiterbildungsverein, die an der Zuspaltung schieden, das er nach wie vor die Mission habe, dem deutschen Proletariat ein Licht aufzufinden. Sobald es diesen Elementen gelungen, ein befriedigtes, ökonomisch von der deutschen Sozialdemokratie unabhängiges Organ zu erhalten, war der Konflikt unermellich geworden.

Wie die Spaltung weiter ging, wie die Anhänger der „Freiheit“ aus „unabhängigen Sozialdemokraten“ zu Anarchisten wurden u. s. w., das ist bekannt genug. Der Partei gereichte der Konflikt nicht zum Vortheil. Ich weiß nicht, ob die Rost'sche Sozialistengesetz sich bei dessen Abfassung überhaupt etwas gedacht haben, auf keinen Fall konnten sie den nächsten Tag erwarten, daß das Gesetz direkt die Partei tödten würde; wohl aber durften sie hoffen, es werde einen Keil in sie treiben, es werde die „Gemäßigten“ von den „Radikalen“ trennen, jene zur Unterwerfung bringen und ihnen damit jeden Kredit bei den Massen nehmen, diese zu Aften der Verjüngung drängen und dadurch ihre gewaltthätige Herrschaft ermöglchen.

In Deutschland selbst haben sich die Anhänger der „Freiheit“ sehr aktivirt. Einzelne Schwächlinge sind von der Partei abgefallen, dagegen ist es zu keiner Spaltung zwischen verschiedenen Richtungen in derselben gekommen. Niemand hat gerade das Sozialistengesetz jeder Spaltung der Partei verjündet. Nichts hat sie so sehr gefügt, als dieses Gesetz.

Nicht in Deutschland, wohl aber in einem Theil der deutschen Arbeitervereine im Auslande hat dagegen das Sozialistengesetz die Wirkungen gehabt, die seine Racher im günstigsten Falle erwarten durften. Im Rußland hat es die deutschen Sozialdemokraten gespalten und eine Fraktion derselben isolirt und exaltirt. Nicht bloß in London; denn wenn da verpönten sich die Differenzen bald nach Brüssel, Paris, der Schweiz und endlich auch nach Oesterreich und Amerika. In den vierziger Jahren waren die deutschen Arbeitervereine des Auslandes für die deutsche Arbeiterbewegung von einer Bedeutung, die kaum überschätzt werden kann. In den sechziger Jahren waren sie für dieselbe fast ganz gleichgültig geworden; im unserem Jahrzehnt bildete eine Anzahl von ihnen geradezu einen Krebsgeschwür für die Partei. Wenn sie nicht endlich geschädigt haben, so liegt das bloß daran, daß ihr Einfluß in Deutschland ein verhältnißmässig geringer ist. Immerhin besitzen sie Mittel genug, um sich wieder deutsche Proletarier im Falle gegen die deutsche Sozialdemokratie großartig hem und dieser Prägeln zwischen die Beine zu werfen. Sie bilden eine Wunde, die beständig offen gehalten wird, durch die die preussische Regierung immer wieder von Ruhen in's Licht dem deutschen Proletariat einflößen kann, sie sind die Brustwunden der Sozialdemokratie.

Die preussische Regierung kommt gegen die Sozialdemokratie nicht auf, so lange diese an ihrer bisherigen Taktik festhält. Kautsky und Komforten verlieren über viele Häuser und Bajonnette, aber sie sind dem Sozialdemokraten weder an Intelligenz noch auch an Frivolität gemachtem. Sie suchen daher diese auf einem Wege zu brängen, auf dem uns die Herren des Kriegshärs und der Polizei bis auf Weiteres noch überlegen sind, auf dem des „Fauzes“, und da das Sozialistengesetz bisher diese Wirkung nicht gehabt hat, müssen Polizeigenossen nachhelfen. Da kommen die anarchohischen Londoner Arbeiterclubs und ihre Neigungen wie gerufen: Dort finden die Agents provocateurs die Schlagworte, deren sie bedürfen, und die selbst zu erfinden sie zu stupid sind; dort finden sie auch ein Rekrutenmaterial, das im seinem kurzfristigen Gabe gegen die deutsche Sozialdemokratie nur zu oft in jeder That bereit ist, die von dieser verworfen wird. Das ganze Spionennetz, mit dem die preussische Polizei unsere Partei umgeben hat, zieht seine Nahrung aus dem Boden, den diejenigen ausländischen deutschen Arbeitervereine präparirt haben, die unabhängig von der Partei eine besondere politische Rolle spielen wollten: Sie haben der preussischen Polizei ihr Spiel sehr erleichtert.

Es ist kein erfreuliches Bild, das ich da gezeichnet habe, aber es ist leider nur zu wahr. Nicht einzelne Personen sind für diesen Zustand verantwortlich zu machen; er ist die natürliche Folge der Missionen über die Aufgabe der deutschen sozialistischen Emigration, und er wird so lange dauern, als diese Missionen fortbestehen, als eine Auffassung, die

ehemalig berechtigt war, deren reale Grundlage aber längst vergangen ist, nicht endgültig aufgegeben wird. Die deutsche sozialistische Emigration muß sich endlich mit dem Gedanken vertraut machen, so unangenehm er auch für sie ist, daß ihre politische Rolle mit dem Moment aufgehört hat. In der Heimat die Bewegung, an der sie teilgenommen, eine große Volkswanderung geworden war. Sie können immer noch der Partei große Dienste leisten, aber sie müssen jede Hoffnung auf den, auf ihre Taktik einen entscheidenden Einfluß auszuüben.

Daß überall, wo deutsche Arbeiter sind, auch deutsche Arbeitervereine sich bilden, ist selbstverständlich; ebenso, daß in jedem derselben sich sozialistische Elemente finden und diese ihm seinen Charakter geben. Selbstverständlich endlich, daß diese Elemente im Ausland wie im Inland die Partei unterstützen, wie sie können und ihre Ideen propagieren. Wo deutsche Arbeiter in größerer Zahl sind, wie z. B. in London (die deutschen Arbeiter in Amerika gehören eigentlich nicht mehr zur Emigration; sie haben eine eigene Bewegung), da ist es auch naheliegend, daß sie ein Lokalblatt gründen; es ist aber ebenso lächerlich wie widersinnig, wenn man trotz der Erfahrungen des letzten Jahrzehnts immer wieder versucht, aus eigener Machtvollkommenheit ein solches Blattchen zum Schulmeister und Schutzherr der deutschen Sozialdemokratie zu proklamieren und es den Genossen in Deutschland anzupreisen und auszubringen. Es ist natürlich, daß man die Entwicklung in Deutschland kritisch verfolgt, aber es ist eine Annäherung, den deutschen Genossen ihre Wahlzettel und ihre Kandidaten z. vom Ausland her vorzuschreiben und alle für Berräter zu erklären, die sich diesen Vorschriften nicht unterwerfen. Ausländische Vereine, die in solcher Weise ihrem Vaterland Lust machen, werden der Partei stets mehr schaden als nützen, immer neue Kollisionen herbeiführen und die Zustände verlängern helfen, die ich eben geschildert.

(Schluß folgt.)

Aus Amerika.

Der offenbar rückständige Charakter eines großen Teiles der nord-amerikanischen Gewerkschaften, und namentlich wohl die Verhinderung derselben durch ihre im Schlepptau der bürgerlichen Partei befindlichen Führer hat zu einem Projekt geführt, das seit längerer Zeit in der deutsch-amerikanischen Arbeiterpresse lebhaft erörtert worden ist, und das jetzt seiner Verwirklichung näher geführt werden soll. Die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden vereinigten deutschen Gewerkschaften von New-York, die zusammen etwa 30,000 Mitglieder repräsentieren, haben eine Prinzipien-Erklärung ausgearbeitet, die als Grundlage dienen soll zu einer Zentralisation aller deutschen Gewerkschaften der Vereinigten Staaten.

Dieser Prinzipien-Erklärung, welche uns im Wortlaut vorliegt, entnehmen wir nachstehende Sätze:

„Die kapitalistische Ära hat zwei Klassen geschaffen: die herrschende und die beherrschte. Die erstere verbindet ihr historisches Unrecht und die Gewalt, welche durch die sogenannte Gesellschaftsordnung und staatlichen Institutionen sich fort und fort vererbt; die Beherrschten — die produktiven Arbeiter — verbindet nichts als das gemeinsame Interesse und das erstrebte Unrecht, dessen Erkenntnis das Erwachen des Klassenbewußtseins bedeutet und die erste Vorbedingung des Befreiungskampfes von jedweder Herrschaft ist. Die dieser Kampf verlaufen wird, hängt von der Geschlossenheit und Einmütigkeit der Ziele der Arbeiterklasse einerseits, sowie den Maßregeln und der Intensivität des Widerstandes der herrschenden Klasse andererseits ab. Das Befreiungsprinzip der Arbeiterklasse fordert deshalb Einigkeit.

„Für den Arbeiter gibt es keine Sonderinteressen, dieselben gehen in der Gesamtheit seiner Klasse auf. Ihr gemeinsamer Feind ist der auf Brutalität und Gewalt aufgebaute Kapitalismus, welcher „Ringe“ und „Krusten“ bildet, um die politische Gesetzgebung zu kaufen. Durch die von der Kapitalistenklasse „gepflanzten“ Legislaturen werden den Arbeitern alle Vorteile, welche sie erlangen können, wieder entzogen.

Die Gewerkschaften, Trades-Unions und Knights of Labor haben bislang nur im Interesse dieser Legislaturen gewandelt. Soll die Arbeiterklasse nicht vollständig geknebelt werden durch die bezahlten und besoldeten Gesetzgeber, so muß sie sich von den herrschenden Parteien emanzipieren. Die erste Bedingung dazu ist ein unabhängiges Programm der Arbeiter in Bezug auf die allgemeine Politik, da sonst die Arbeiter nie im Stande sein werden, sich ihrer vollständigen Befreiung zu erwehren zu können.

„Die Arbeit ist die Quelle aller Wohlfahrt und Kultur. Selbst die gigantischen Schätze der Natur erhalten erst durch menschliche Arbeit Tausch- und Gebrauchswert. Die logische Konsequenz dieser Wahrheit bedingt, daß der Genus der selbst geschaffenen geistigen und materiellen Güter Allen gleichmäßig zukommt. Die Klasse der Arbeiter muß aus diesem Grunde die Verwandlung des Privateigentums in Gemeinbesitz der Nation verlangen.

„Der Kapitalismus ist die Verkörperung der herrschenden Klasse, deren spezifisches Merkmal die Unterjochung und Ausbeutung der Arbeiterklasse ist. Hieraus ergibt sich die Unvermeidlichkeit der Interessen zwischen Kapital und Arbeit, und dieser Tatsache entspringt die Annahme, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiterklasse selbst erfolgen kann.“

„Der wachsenden Erkenntnis des Beweises der modernen Arbeiterbewegung wird ein mächtiger Impuls gegeben durch die nationalen und internationalen Verbände der Arbeiter, sobald dieselben von der erlösenden Macht der Idee des neuen Menschenrechts getragen sind. Diese Verbände sollen nicht nur ökonomische, sondern auch politische Kampf-Organisationen sein, im Einklang mit dem Wesen des Kapitalismus, welcher den Kampf um's Recht zu einem Klassenkampf gemacht hat.

Der Mangel jeglicher politischer Schulung der Arbeiterklasse in Amerika bedingt, sich vorerst auf gewerkschaftlicher Basis zu vereinigen. Diese Vereinigung müßte durch die Annahme vorstehender Prinzipien und Massendebatte beschleunigt werden, das politische Programm propagieren zu können.

Die sozialistisch gesinnten Arbeiter und Organisationen der Vereinigten Staaten von Amerika haben zu diesem Zweck eine Vereinigung sämtlicher mit der Idee der Neuzeit fortgeschrittenen Gewerkschaften gegründet, deren Ziele in folgenden Forderungen gipfeln.

Es folgt dann eine Zusammenfassung politischer und sozialer Forderungen, die wir fortlassen können, weil sie sich nicht wesentlich von den Forderungen der vorgeschrittenen Arbeiterparteien anderer Länder unterscheiden. Erwähnenswert ist unter den politischen Forderungen nur die der „Erweiterung der Bundesvollmachten in Bezug auf die Gesetzgebung — erweiterndem Zweck, weil sie ein bestimmendes Licht wirft auf die Gesetzgebungsverhältnisse in den Vereinigten Staaten.“

Wir lesen darüber in der „New-Yorker Volkszeitung“:

„Die Forderung der „Erweiterung der Landesvollmachten in Bezug auf die Gesetzgebung“ bezieht sich nicht etwa auf die Spezialgesetzgebungen der Einzelstaaten, von denen wir schon mehr als genug haben, sondern auf die Bundesgesetzgebung im Gegensatz zu der der Einzelstaaten. Wie unsere Leser nämlich wissen, hat sich gerade in den letzten zwei Jahren, zur Ueberzeugung vieler, die sich wieder mit unerschütterlichem Vertrauen auf die Ver. Staaten-Konstitution stützen, wenigstens in einem Staate eine gerichtliche oder gesetzgeberische Verletzung der selbstverständlichen Grundrechte eines freien Gemeinwesens stattgefunden — es hat sich, sagen wir, in dieser Zeit, hauptsächlich infolge von Entschörungen des obersten Gerichtshofes der Ver. Staaten, die merkwürdige Tatsache herausgestellt, daß die Konstitution, trotz ihrer höchsten Bedeutung, und gegen die Ärgsten und tyrannischen Uebergriffe der reaktionären Einzelgesetzgebungen nicht den geringsten Schutz gewährt. „Die Konstitution“ — sagen im Wesentlichen die weisen Daniels des Oberbundesgerichts zu Washington — „verbietet nur dem Bundes, solche Maßregeln zu ergreifen oder Gesetze zu erlassen, welche z. B. das Recht der Bewaffnung, der freien Rede und Versammlung u. s. w. beeinträchtigen; die Einzelstaaten aber können in dieser Beziehung thun, was sie Lust haben.“ So absurd und ganz im Widerspruch mit dem Geist und der Absicht der Männer, welche die Konstitution der Ver. Staaten verfaßt, resp. amendiert haben, eine solche Theorie nun auch sein mag — sie ist vorläufig die herr-

schende und kann nur beseitigt werden, wenn die Konstitution (und die Bundesgesetzgebung überhaupt) wieder in ihre alten Rechte eingesetzt und die gesetzgeberische Souveränität der Einzelstaaten so viel als möglich befestigt wird.“

Von den sozialen Forderungen ist als neu zu betrachten: „Errichtung einer Landesversicherungsbank für Arbeiter mit weniger als 1000 Dollars Einkommen pro Jahr, und zwar a) gegen Krankheit, b) gegen Unfälle, c) gegen Invalidität.“

„Es kommt natürlich“, bemerkt dazu die „New-Yorker Volkszeitung“, „und wir können ihr in dieser Beziehung zustimmen, „ganz auf die Ausführendbestimmungen der vorgelegenen Maßregel an, um über ihre Größe oder geringere Wirksamkeit urteilen zu können; sie ist aber nicht allein im Prinzip unbedingt annehmbar, sondern wird sich auch als eine vorzügliche Agitationsplanke erweisen.“

Wenn dann die „New-Yorker Volkszeitung“ verlangt, daß der Satz: „die Arbeiterklasse muß aus diesem Grunde die Verwandlung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln, Grund und Boden u. s. w. in Gemeinbesitz der Nation verlangen“ — durch Einfügung der gesperrt gedruckten Worte eine präzisere Fassung erhalte, so geht sie dabei zwar von unserer Meinung nach ganz richtigen Gesichtspunkten aus, nur müssen wir hinzufügen, daß uns der betreffende Absatz („Die Arbeit ist die Quelle“ u. s.) überhaupt nicht gefällt. Die „Wahrheit“, daß die gigantischen Schätze der Natur erst durch menschliche Arbeit Gebrauchswert erhalten, bleibt erst noch zu beweisen, und aus der Tatsache, daß die menschliche Arbeit ihnen Tauschwert verleiht, folgert noch keineswegs „mit logischer Konsequenz“ der Anspruch Aller auf gleichen Gütergenuss. Wir wissen wohl, daß dieser Satz sich auch in anderen sozialistischen Programmen vorfindet, aber wenn man neue Programme macht, so empfiehlt es sich, die Festsätze der alten bei Seite zu lassen.

Dem Programmtext liegt noch eine Zusammenfassung von Erwägungen bei, in denen die unter der kapitalistischen Produktion bestehende Unfreiheit der arbeitenden Klasse, sowie die Sanktionierung des Ausbeutertums durch die heutige Gesetzgebungs-maschinerie geschildert wird.

„Diesen unläugbaren, täglich sich wiederholenden Erscheinungen“, heißt es dann, „steht die überwältigende Zahl der Lohnarbeiter mit einer absoluten Indifferenz gegenüber, und selbst die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erwidern zum größten Teil noch das Verständnis ihrer Aufgabe, um auf politischem Gebiet die schöpferische Macht der Ideen unserer modernen Arbeiterbewegung zur Geltung zu bringen.“

Und schließlich:

„Daher wollen wir, die Delegaten der „Vereinigten Deutschen Gewerkschaften“ von New-York, alle Gewerkschaften, Vereine und Gesellschaften in den Vereinigten Staaten, welche die intellektuelle und materielle Befreiung der Arbeiter bezwecken, einladen, sich zu einem Schutz- und Trugbündnis zu vereinigen, um auf ökonomischem und politischem Gebiet planmäßig und zielbewußt zu handeln.“

Dieser Bund soll nicht angesehen werden als nationale Verbindung typischer Natur oder als Kampforganisationen gegen bestehende Verbindungen, sondern als hoch strengster Toleranz, als treibende Kraft fortschrittlicher Ideen, wie sie einem freien, unabhängigen amerikanischen Bürger geziemt.

Wir wollen die materielle Wohlfahrt, die politische Freiheit und intellektuelle Bildung der arbeitenden Klasse erstreben, und somit als gewerkschaftlich-politisch-soziale Vereinigung bekannt werden, deren Devise lautet:

Brot, Freiheit und Bildung für Alle.

In einem uns vom Sekretariat der „Vereinigten Deutschen Gewerkschaften“ zugesandten Schreiben wird der Wunsch ausgedrückt, daß auch die Redaktion des „Sozialdemokraten“ Stellung zu dem Projekt nehmen möge. Soweit es sich um das Programm der erstredten Zentralisation handelt, ist das in Vorstehendem geschehen. Wir erkennen, daß dasselbe im Wesentlichen den weitestgehenden Anforderungen entspricht, die man in solchem Falle vernünftigerweise stellen kann, was aber die Zweckmäßigkeitfrage anbetrifft, so sind wir — so weit sich dieselbe aus der Ferne beurteilen läßt, — nicht durchaus von der Richtigkeit des Projektes überzeugt. Das sozialistische deutsche Element auch auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung von der amerikanischen Arbeiterklasse trennen, halten wir für ein sehr bedenkliches Experiment, das vielleicht an einzelnen größeren Orten zeitweise einige Nachteile für die Gesamtbewegung durchzuführen werden, im Allgemeinen aber leicht das Gegenteil von dem bewirken kann, was unsere Freunde beabsichtigen. Das sozialistische vorwärtsdrängende Element in der amerikanischen Bewegung würde geschwächt, der nationale Gegensatz, namentlich im Lande, gefördert werden. Erfolge, sei es auf gewerkschaftlichem oder auf politischem Gebiet, sind, da die deutschen Arbeiter überall die Minorität bilden, auszusprechen, für die theoretische Auffklärungsarbeit aber ist unseres Erachtens die sozialistische Arbeiterpartei da. Wenn diese noch fast ausschließlich aus Deutschen besteht, so ist das gewiß bedauerlich, aber doch in Umständen begründet, die außerhalb ihrer Absichten liegen, der geplante Gewerkschaftsbund dagegen würde gewissermaßen grundfänglich den Verzicht auf praktisches Wirken aussprechen, und ein Gewerkschaftsbund ohne praktische Ziele ist ein Leubding. Er kann, wenn er nicht in einen Verband zur Pflege nationaler Gegensätze ausarten soll, nur das Leben einer Eintagsfliege führen.

Es thut uns leid, das sagen zu müssen, aber wir glauben, unseren Genossen jenseits des Ozeans rückhaltlos anzusprechen unserer Ueberzeugung zu schulden. Mag sein, daß unsere, nur aus Büchern und Berichten geschöpfte Kenntnis der amerikanischen Arbeiterverhältnisse uns manches in anderem Licht erscheinen läßt, als dem drüben mitten im tatsächlichen Leben Stehenden, aber andererseits ist unser Blick auch nicht beengt durch Gelegenheits-Eindrücke. Und daß unsere Befürchtungen nicht ganz unbegründet sind, zeigt die ablehnende Haltung gerade sozialistisch redigierter Gewerkschaftsblätter gegen das Projekt. Auf jeden Fall ist es gut, wenn sich die Anhänger desselben alle Gedanken, die seine Verwirklichung mit sich bringen kann, von vornherein gegenwärtig. Besser bewahrt als beklagt.

Sozialpolitische Rundschau.

Sächsisch, 29. Februar 1887.

— Das große Interesse, welches die Debatten über die Ver- längerung und Verschärfung des Ausnahmegesetzes, und insbesondere die Reden unserer Genossen Bebel und Singer mit dem Oberleiter der preussisch-deutschen Polizei, Herrn v. Puttkamer, beanspruchten, wurden, und die mit einer Niederlage des Rechten endeten, wie sie die Welt nie häufiger gesehen, — das Interesse an diesen, nicht nur für die Sozialdemokratie Deutschlands, sondern auch für die Arbeiterbewegung aller Länder überaus wichtigen Vorgängen, hat unsere sonstige Reichstagsberichterstattung etwas in den Hintergrund gedrängt. So wollen wir denn heute das Besäumte in summarischer Zusammenfassung nachholen.

Am 30. Januar kamen am Schluß der sehr erregten und abspannenden Sitzung — Bebel hatte in dreistündiger Rede Herrn Puttkamer Spiegelmuthen laufen lassen — noch die Denkschriften über die Handhabung des Ausnahmegesetzes in Hamburg, Altona, Leipzig und Frankfurt a. M. zur Verhandlung und gabena Präzise Berathung, insbesondere die letzte wählte einer scharfen Kritik zu unterliegen. Am 4. Februar sprach Singer zum Antrag der Kartellmehrheit auf Verlängerung der Legislaturperioden und legte im Namen des arbeitenden Volkes Protest gegen diese Amputation des allgemeinen Wahlrechts ein. Am 10. und 11. Februar lenigte Bebel und Singer gelegentlich von Wahlprüfungen die unehrbaren Wahlbeeinträchtigungen seitens der Behörden, das Skandalöse, allen bestehenden Gesetzen im Gesicht kreidende Treiben der Militär- und Kriegervereine bei der letzten Reichstagswahl, sowie das nicht minder skandalöse Verfahren der Kartellmehrheit, aber alle diese Dinge mit der gleichgültigen Miene von der Welt hinweg zu gehen. — Die zweite Lesung des Sozialengesetzes — am 13. und 14. Februar

— gab den Genossen Bebel und Sabor Veranlassung zum Eingreifen in die Debatte, bei welcher Gelegenheit die „Humanität“, welche die Herren von der Rechten veranlaßt, für die brutalsten Knebelungs-gesetze zu stimmen, in's rechte Licht gestellt wurde. — Am 15. Februar führte Grillenberger in einer vorzüglichen Rede zum Antrag Siger-Lieber auf Beschränkung der Sonntagsarbeit einbringlich aus, wie notwendig es sei, endlich in dieser Frage tabula rasa vorzugehen. — Am 16. Februar kritisierte Schumacher die Maß-nahmen im Apothekerwesen und die daraus resultierende enorme Vertheuerung der Medikamente. — Am 17. Februar verlas Singer und Bebel bei der dritten Lesung der Sozialengesetzesvorlage der „schöpferischen That“ Puttkamer's den Todesstoß, und am 18. Februar lenigte Siger und Sabor mit gebührender Schärfe die Handhabung des „Kleinen“ in Steffin und Offenbach. Bei verschiedenen anderen Anlässen, wo sich unsere Genossen zum Wort gemeldet, wurde ihnen dasselbe durch den bei der Kartellmehrheit sehr beliebten Schluß der Debatte abgeschnitten.

In großen und ganzen darf die Partei mit der Haltung ihrer Vertreter im Reichstage sehr zufrieden sein, sie haben es, was Ihre Energie und Festigkeit des Auftretens anbetrifft, es an nichts fehlen lassen.

Das gleiche ist von dem Verhalten unserer Genossen im sächsischen Landtage zu konstatieren, die der Regierung und den herrschenden Parteien im Sachsenlande manch' bittere Pille zu verschlucken gaben. Darüber in nächster Nummer mehr.

— In Berlin hat vorige Woche der Geheimbündnisprozeß gegen das angebliche „Zentralkomitee der Berliner Sozialdemokratie“ nach vierwöchiger Verhandlung seinen vorläufigen Abschluß genommen. Wer aus den Verhandlungen besondere Entschlüsse über sozialdemokratische „Beschwerden“ und dergleichen erwartet haben sollte, ist bitter enttäuscht worden; der mit einem wahren Riesenapparat von Polizeimitteln in Szene gesetzte Prozeß überderte absolut nichts zu Tage, was ohne Sozialingenieur auch nur den Vorwand zu einer Anklage abgegeben hätte. Enthüllt wurde nur — soweit es nicht schon bekannt — das schandbare Treiben der sogenannten Geheim-polizei, das entsetzende Ueberwachungs- und Spionagesystem, das jedem Deutschen, der sein Land wirklich liebt, die Kränze der Scham in's Gesicht treiben muß. Die Polizei des Herrn Puttkamer behandelt das Berlin der Arbeiter schlimmer, als wenn es Feindesland wäre; ein ganzes Reg. von feigen Spionen umgibt sie, beschneit und belauscht sie — nur damit sie nicht das thun, was jeder französische, englische, belgische, schweizerische Arbeiter jeden Tag unbedachtlich thut: das ist das Schlimmste, was den acht Angeklagten zur Last gelegt wird, und dafür verlangte der Staatsanwalt Gefängnisstrafen von 9 bis 13 Monaten — insgesamt 7 Jahre 8 Monate. Die Verurteilung des Erkenntnisses wurde auf Freitag den 2. März festgesetzt. Wir behalten uns vor, auf die Einzelheiten des Prozeßes in den nächsten Nummern unseres Blattes eingehender zurückzukommen und wollen für heute nur einen Satz aus dem Protokoll des Staatsanwalts Großpietsch herausgreifen, der den Geist dieses Menschen zur Genüge lenigmet. Der Mann, dessen Beruf es ist, die Majestätsbeleidigung zu vertreten, schreit sich nicht, zu erklären:

„Man macht auch Vorschläge, die Sozialdemokraten wieder unter das gemeine Recht zu stellen. Ich muß offen gestehen, ich kann mir einen solchen Vorschlag nicht gut denken.“

Das ist die neudeutsche Rechtschule! Das ist die Rechtsauffassung im glorreich errichteten preussisch-deutschen Kaiserreich!

O Kriegsrufen, wie thuer läßt du dich bezahlen!

— Zur Nachlese aus den großen Sozialingenieursdebatten. Herr Minister Puttkamer ist, wie wir schon weiß, ein sehr frommer und insbesondere ein sehr wahrheitsliebender Mann, und darum geizt es sich wohl, das gute Beispiel, das er in dieser Hinsicht zu geben sich bestrebt, anzuerkennen und des Ministers Leistungen auf dem Gebiete der Richterstattung weitestheils lobenswürdig zu beurtheilen für alle diejenigen, welche bisher die Wege der Gottlosigkeit gewandelt.

In der Reichstagsrede vom 27. Januar beschäftigte sich der Beschützer der Gottesfurcht und frommen Sitte u. s. w. mit den Beschüssen und Beratungen des St. Galler Parteitag, um aus ihnen das Ueberwiegende der gewaltthätigen Richtung der Sozialdemokratie nachzuweisen.

Zu den vielen schon bekannten Thatsachen, aus denen hervorgeht, wie streng Herr von Puttkamer sich dabei an die Wahrheit hielt, hier eine weitere, unseres Wissens in der deutschen Presse noch nicht genügend gewürdigt:

Der Herr Minister erzählt in seiner Rede (Seite 547 des Protokolls), daß da, wo der St. Galler Bericht von der progressiven Einkommensteuer rede, der Satz laute:

„Rur 20 Prozent! Das wäre wohl vielleicht so das Richtige; aber man sollte sich dabei nicht aufhalten. Wer die Macht hätte, den bestehenden Klassen 20 Prozent ihres Vermögens an Einkommensteuer abzunehmen, könne ihnen auch ganz ruhig das ganze nehmen.“

Der Satz erregte „Heiterkeit“, ein Zeichen, daß das Jilat eingeschlagen hatte im Reichstage, und der Herr Minister knipste daran die Rußland-Verurteilung: „Meine Herren! das sind die friedlichen, harmlosen, in feiner Weise den Aemtern auf die bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung entprechenden Bestrebungen der Sozialdemokratie.“

„Das sind aus dem Zusammenhange gerissene Sätze“, rief Genosse Singer dazwischen. Der Minister kammerte sich um diesen Einwand nicht, sondern fuhr mit erhöhter Stimme fort:

„Und wer dann davon spricht, daß Leute, die diese Ansichten verbreiten, Alles das zu thun, um die öffentliche Meinung zu erobern, durch das Gesetz mit der politischen Todesstrafe bedroht und bedacht würden, ja, meine Herren, der macht sich eben eine ganz wunderbare Vorstellung von der Verantwortlichkeit und von dem Selbstgefühl, welches nach Gott sei Dank, in der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung besteht. Glauben Sie denn, meine Herren, daß wir uns ganz ruhig mit gebundenen Händen als Opfer solcher überwichtigen Pläne, wie sie hier vorgelegt werden, hingeben werden? Nein, wir werden, wenn es zum Kampfe kommt, uns auch mit denjenigen Mitteln zu wehren wissen, die Ihnen dann wahrscheinlich sehr unangenehm sein werden, und deren Verhinderung Sie für Ihre Person bestens vermeiden werden.“

Wieder verzeichnet der Bericht „Heiterkeit“ — die gottesfürchtigen Streiter auf der Rechten freuten sich wahrscheinlich schon der frisch-schölichen Daz. Andererseits kann man es den Herren eigentlich nicht verdenken, wenn die Drohung, ihnen „das Ganze“ wegzunehmen, sie etwas unangenehm stimmte.

Das Jilat seiner Exzellenz hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Daß sie richtig sitzt, wer möchte daran zweifeln? Hatte sie sich doch vorher ausdrücklich von unseren Genossen bestätigt lassen, daß der ihr vorliegende Bericht über die Beratungen des St. Galler Parteitag authentisch sei.

Wir schlagen also dem Bericht nach, suchen die Stelle auf, wo vom den indirekten Steuern die Rede ist, und finden — ja, was finden wir? Der Referent (Kuer) läßt aus:

„Gegenüber von den der Verteidigern der indirekten Steuern ausgesprochenen Behauptung, daß der moderne Staat mit seinen Steuern ausreichen für Verteidigungs-, Verwaltungs- und Kulturzwecke mit dem Einkommen der direkten Besteuerung nicht auszukommen vermöge, sei allerdings zugegeben, daß die direkte Besteuerung des Einkommens sich ihren Grenzen habe. Es sei eine Thorheit, von einer 20prozentigen oder noch höheren Einkommensteuer zu sprechen, denn eine Staatsgewalt, welche mächtig genug sei, der bestehenden Klasse eine dauernde Einkommensteuer in solcher Höhe auszusprechen, werde wohl einen Schritt weiter gehen und die Expropriation des Privateigentums an Arbeitsmitteln u. s. w. überhaupt aussprechen. So entstehen und unter allen Umständen muß sich deshalb auch gegen die indirekte Besteuerung aussprechen müssen, so sehr andererseits doch auch sehr, daß in jenen demokratischen Gemeinwesen, welche ihr Budget fast ausschließlich auf die direkte progressive Einkommensteuer basieren, was besonders von einigen Schweizerkantonen gelle, die Steuerfrage durchaus noch nicht ihre endgültige Lösung gefunden habe. Bekmer glaubt deshalb, daß es sich empfehlen dürfte, bei einer eventuellen Programmrevision, die in

Wieder an Popularität, und wurde in den Reichstag gewählt, dem er in der vorhergehenden Legislaturperiode gar nicht angehört hatte. Und erst als das Sozialistengesetz beschlossene Sache war, hielt er die bekannte — zwar auch nicht „Blutriebe“, aber doch mit Revolutionärsdrohungen schließende Rede, es trifft also auch in Bezug auf ihn alles, was der Minister gesagt, Wort für Wort — nicht zu.

So sind die Argumente beschaffen, mit denen das schändliche Ausnahmengesetz verteidigt wird. Erst mußten die Astenats Hölle und Nobilität herhalten, und seitdem diese nicht mehr ziehen, wird im Vertrauen auf die Vergesslichkeit unseres schnelllebigen Zeitalters ein Legende erfunden, die das genaue Gegenteil von dem behauptet, was in Wirklichkeit sich zugezogen. Wie sollte es aber auch anders sein? Das Sozialistengesetz mit guten Argumenten verteidigen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

— Die Weltuhr scheint sich in dem Besitz des deutschen Reichs-Anstalts zu befinden. Dem stenographischen Bericht seiner großen Rede hat er ein „weltgeschichtliches Wort“, das anfänglich vergessen ward, post festum, einzureihen lassen, nämlich das Wort: „Der Krieg von 1866 hat die Uhr für ein Jahrhundert richtig gestellt.“ D was für ein großer Staatsmann, der durch den famosen Bruderkrieg mit einem Schlag die Weltuhr auf 100 Jahre gestellt hat. Also bis zum Jahr 1966!

Schade nur, daß die „Uhr“ seit 1866 keinen Augenblick richtig gegangen ist. Sie ist wohl sofort stehen geblieben, nachdem der unübertreffliche Weltuhrmacher sie „gestellt“ hat? Freilich, „richtig stellen“ kann man jede Jahresuhr für Kinder. Sie geht bloß nicht. Von ähnlichem Stoff scheint die Bismarck'sche Weltuhr zu sein. Sie geht immer falsch, und droht alle Augenblicke still zu stehen.

Was wohl im Jahr 1866 von dieser famosen „Uhr“ noch vorhanden sein wird?

— Eine recht zeitgemäße Erinnerung frisch das serbische Blatt „Bileto“ an, indem es den Wortlaut des Telegramms veröffentlicht, welches der russische Obergeneral vor Wien, Großfürst Nikolai, am 11. September 1877 an den König Karl von Rumänien richtete. Dasselbe lautet:

„Im Lager vor Wien. Sie uns zur Hilfe. Die Türken bedrohen uns mit dem Untergang. Ich überlasse es Dir, den Übergang an einem beliebigen Punkte der Donau nach eigener Wahl zu bewerkstelligen. Ergreife dazu alle Dir zweckmäßig erscheinenden Mittel. Die von Dir zu stellenden Bedingungen werden Dir imporbieren zugestanden. Nur beileibe Dich, denn Eile thut noth. Die christliche Sache ist in Gefahr.“

Nicolaus.

Der Zweck dieser Veröffentlichung soll nach der „Königlichen Zeitung“ sein, die Serben und „noch einige andere Leute“ vor den Versprechungen der Russen zu warnen.

Ob wohl unter den „anderen Leuten“ auch der „freiwillige russische Minister“ begriffen ist, der sich jetzt so eifrig bemüht, Rußlands Einfluß in Bulgarien wieder herzustellen? Welcher Lohn den Rumänen dafür wurde, daß sie der „christlichen“ Sache aus der Tasche halfen, ist bekannt — man nahm ihnen dafür Orbanien ab; und ebenso bekannt ist, wie der christliche Befreier, kaum daß die befreiten Stammesbrüder so frei waren, die Freiheit in ihrem Sinne zu gebrauchen, sich hinter den Sultan stülzte und es am liebsten gesehen hätte, wenn der „Erbsind des Christenthums“ die Bulgaren mit der Waffe in der Hand geschickt hätte — der jüdische Dant, die jüdische Liebe und das jüdische Christenthum sind drei Güter, eines genau so viel werth wie das Andre.

Sieht erst Bäterchen mit Bismarck's Hilfe in Sophia wieder fest, dann wird an der europäischen Situation weiter nichts geändert sein, als daß Rußlands Position eine wesentliche Stärkung erfährt. Denn soviel ist sicher, daß Bäterchens Ausrücken unter den Russen in Bulgarien in einer Weise ausräumen würden, daß ihnen die Luft zum „Rebelliren“ sicher verwehrt, und sollten sie es dennoch wagen, so wird für solche Hochverräther kein telegraphisches Begnadigungsanfragen von Berlin entreeßen. Die Liebe der Völker zu erwerben, darauf hat der „moderne aller Staatsmänner“ nie Verzicht, ihm gelten nur die Souveräne der Liebeswerbung werth. Wenn nur auch er selbst bloß die Folgen dieser Politik auszubaden hätte! Aber nicht er — das deutsche Volk wird es zu erfahren haben, wie Rußland Liebesdienste bezahlet.

Freilich, Nicht hat's ja nicht anders gewollt.

— Es leben unsere Freunde — die Feinde. Seit dem Beginn dieses Jahres, welches noch sehr jung ist, und noch nicht einmal seinen zweiten Monat zurückgelegt hat, gibt es in Deutschland einen Gesprächs- und Leseloch, der jeden anderen in den Hintergrund drängt, und nur für Momente die öffenliche Aufmerksamkeit mit dem kürzlich geschätzten Kriegswaun theilen muß — einen Gesprächs- und Leseloch, der alle Bevölkerungskreise gleichmäßig beschäftigt, der auch in die entferntesten Winkel Deutschlands gedrungen ist. Und dieser Gesprächs- und Leseloch ist politisch verboten — die Regierungen haben ihn in Acht und Bann gethan, — und sie sind es, welche ihn in den Mund der Leute gedrückt, ihm in jeder Hütte und jedem Palast den ersten Rang angewiesen haben. Wir reden natürlich von der Sozialdemokratie und den „sozialdemokratischen“, auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen“, oder wie die Polizei, Litaneisonst lautet mag.

Wohlan — sind seit zwei Monaten nicht alle deutschen Zeitungen mit sozialdemokratischen Dingen gefüllt? Haben nicht Tag für Tag die Blätter — von denen 99 Prozent uns feindlich sind — die sozialdemokratische Agitation überall hin in das Land getragen, und Thatsachen unter das Publikum gebracht, die jeden Denkfähigen zum Nachdenken zwingen und in jedem, der noch einen Funken von Ehr- und Rechtsgefühl hat, die Erkenntnis wecken müssen, daß das Sozialistengesetz eine schamlose Ausgeburt der Unterdrückungswuth und Ausschüttungswuth ist, und daß das Unrecht und die Korruption und die Rohheit nicht auf Seiten der Sozialdemokraten zu finden sind, sondern auf Seiten ihrer Gegner?

Es blühte das Sozialistengesetz nicht, und hätte unsere Partei vollkommen ungehindert in Deutschland agitieren können — es wäre ihr nicht möglich gewesen, auch nur annähernd in dem Umfang und mit der Wirksamkeit für unsere Sache zu agitieren, als es in den letzten zwei Monaten geschehen ist, und augenblicklich noch geschieht.

Es wäre der Partei unmöglich gewesen, gleichmäßig in alle Gegenden Deutschlands — in jedes Dorf, in jede Hütte zu dringen; und sie hätte nur ihre eigenen Zeitungen zur Verfügung gehabt, denen die gegnerischen Blätter an Zahl um das Hundertfache, an Verbreitung um das zwanzigfache überlegen sind.

Jetzt sind es gerade die gegnerischen Blätter, welche die Agitation für uns besorgen; und die Regierung mit ihrem Sozialistengesetz und ihrer Spitzelarmee ist es, welche durch ihren Antrag auf Verlängerung und „Verschärfung“ des Sozialistengesetzes zu dieser intensiven wie extensiven gleich großartigen Agitation für die sozialdemokratischen Bestrebungen, welche sie ausrotten will, den Anstoß gegeben, und obendrein die Kosten zu tragen hat.

Wir wollen in keine weiteren Einzelheiten gehen. Es genügt uns, die Thatsache festgestellt zu haben, daß unsere Feinde durch die Art wie sie uns bekämpfen, uns so gut in die Hände arbeiten, als wären sie unsere besten Freunde.

— Für das Schweizervolk von Interesse. Am 16. Februar brachte im schweizerischen Landtag unser Genosse Debel die Angelegenheit des Spitzels Elias Schmidt, über dessen Treiben in Zürich seiner Zeit berichtet worden, zur Sprache. Debel hob hervor, er habe Briefe in den Händen, in welchen der Dresdener Polizeikommissar Paul diesen wegen schwerer Verbrechen im schweizerischen Reich mit „mehr oder weniger“ antwortet, und richtete im Lauf der Debatte an den schweizerischen Staatsminister die Anfrage, weshalb man denn nicht auf Grund der bestehenden Verträge (Schmidt war wegen betrügerischen Bankrott rechtlich verfolgt und ist auch später zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt worden) die Auslieferung des Schmidt verlangt habe, da man doch dessen Aufenthalt kannte? Und auf diese Frage antwortete der Minister — nichts.

Polizeikommissar Paul befindet sich nicht nur immer noch in Amt und Würden, sondern ist seit jener Zeit auch befristet und befördert worden. Was wir dazu sagen? Auch — nichts.

— Über Hasselmann? wendet hier einer der Leser vielleicht ein. Nun, was diesen anbelangt, so ist es vielleicht gut, daran zu erinnern, daß Hasselmann, der schon auf dem Gothaer Kongreß von 1877 sehr thätig thätig dagesanden, um das Frühjahr 1878 geradezu bankrott war. Die „tothe Pajane“, mittels deren er dem „Borwärts“ hatte Kontruren machen wollen, mußte wegen Abonnementmangel eingehen, und die „Bergische Volksstimme“ konnte nur dadurch über Wasser gehalten werden, daß die unter sehr gemäßigter Leitung stehende Hamburger Genossenschaft sie antauste. Erst als im Astenatsommer Hasselmann wiederholt verhaftet worden war, gewann er

wieder an Popularität, und wurde in den Reichstag gewählt, dem er in der vorhergehenden Legislaturperiode gar nicht angehört hatte. Und erst als das Sozialistengesetz beschlossene Sache war, hielt er die bekannte — zwar auch nicht „Blutriebe“, aber doch mit Revolutionärsdrohungen schließende Rede, es trifft also auch in Bezug auf ihn alles, was der Minister gesagt, Wort für Wort — nicht zu.

So sind die Argumente beschaffen, mit denen das schändliche Ausnahmengesetz verteidigt wird. Erst mußten die Astenats Hölle und Nobilität herhalten, und seitdem diese nicht mehr ziehen, wird im Vertrauen auf die Vergesslichkeit unseres schnelllebigen Zeitalters ein Legende erfunden, die das genaue Gegenteil von dem behauptet, was in Wirklichkeit sich zugezogen. Wie sollte es aber auch anders sein? Das Sozialistengesetz mit guten Argumenten verteidigen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

— Die Weltuhr scheint sich in dem Besitz des deutschen Reichs-Anstalts zu befinden. Dem stenographischen Bericht seiner großen Rede hat er ein „weltgeschichtliches Wort“, das anfänglich vergessen ward, post festum, einzureihen lassen, nämlich das Wort: „Der Krieg von 1866 hat die Uhr für ein Jahrhundert richtig gestellt.“ D was für ein großer Staatsmann, der durch den famosen Bruderkrieg mit einem Schlag die Weltuhr auf 100 Jahre gestellt hat. Also bis zum Jahr 1966!

Schade nur, daß die „Uhr“ seit 1866 keinen Augenblick richtig gegangen ist. Sie ist wohl sofort stehen geblieben, nachdem der unübertreffliche Weltuhrmacher sie „gestellt“ hat? Freilich, „richtig stellen“ kann man jede Jahresuhr für Kinder. Sie geht bloß nicht. Von ähnlichem Stoff scheint die Bismarck'sche Weltuhr zu sein. Sie geht immer falsch, und droht alle Augenblicke still zu stehen.

Was wohl im Jahr 1866 von dieser famosen „Uhr“ noch vorhanden sein wird?

— Eine recht zeitgemäße Erinnerung frisch das serbische Blatt „Bileto“ an, indem es den Wortlaut des Telegramms veröffentlicht, welches der russische Obergeneral vor Wien, Großfürst Nikolai, am 11. September 1877 an den König Karl von Rumänien richtete. Dasselbe lautet:

„Im Lager vor Wien. Sie uns zur Hilfe. Die Türken bedrohen uns mit dem Untergang. Ich überlasse es Dir, den Übergang an einem beliebigen Punkte der Donau nach eigener Wahl zu bewerkstelligen. Ergreife dazu alle Dir zweckmäßig erscheinenden Mittel. Die von Dir zu stellenden Bedingungen werden Dir imporbieren zugestanden. Nur beileibe Dich, denn Eile thut noth. Die christliche Sache ist in Gefahr.“

Nicolaus.

Der Zweck dieser Veröffentlichung soll nach der „Königlichen Zeitung“ sein, die Serben und „noch einige andere Leute“ vor den Versprechungen der Russen zu warnen.

Ob wohl unter den „anderen Leuten“ auch der „freiwillige russische Minister“ begriffen ist, der sich jetzt so eifrig bemüht, Rußlands Einfluß in Bulgarien wieder herzustellen? Welcher Lohn den Rumänen dafür wurde, daß sie der „christlichen“ Sache aus der Tasche halfen, ist bekannt — man nahm ihnen dafür Orbanien ab; und ebenso bekannt ist, wie der christliche Befreier, kaum daß die befreiten Stammesbrüder so frei waren, die Freiheit in ihrem Sinne zu gebrauchen, sich hinter den Sultan stülzte und es am liebsten gesehen hätte, wenn der „Erbsind des Christenthums“ die Bulgaren mit der Waffe in der Hand geschickt hätte — der jüdische Dant, die jüdische Liebe und das jüdische Christenthum sind drei Güter, eines genau so viel werth wie das Andre.

Sieht erst Bäterchen mit Bismarck's Hilfe in Sophia wieder fest, dann wird an der europäischen Situation weiter nichts geändert sein, als daß Rußlands Position eine wesentliche Stärkung erfährt. Denn soviel ist sicher, daß Bäterchens Ausrücken unter den Russen in Bulgarien in einer Weise ausräumen würden, daß ihnen die Luft zum „Rebelliren“ sicher verwehrt, und sollten sie es dennoch wagen, so wird für solche Hochverräther kein telegraphisches Begnadigungsanfragen von Berlin entreeßen. Die Liebe der Völker zu erwerben, darauf hat der „moderne aller Staatsmänner“ nie Verzicht, ihm gelten nur die Souveräne der Liebeswerbung werth. Wenn nur auch er selbst bloß die Folgen dieser Politik auszubaden hätte! Aber nicht er — das deutsche Volk wird es zu erfahren haben, wie Rußland Liebesdienste bezahlet.

Freilich, Nicht hat's ja nicht anders gewollt.

— Es leben unsere Freunde — die Feinde. Seit dem Beginn dieses Jahres, welches noch sehr jung ist, und noch nicht einmal seinen zweiten Monat zurückgelegt hat, gibt es in Deutschland einen Gesprächs- und Leseloch, der jeden anderen in den Hintergrund drängt, und nur für Momente die öffenliche Aufmerksamkeit mit dem kürzlich geschätzten Kriegswaun theilen muß — einen Gesprächs- und Leseloch, der alle Bevölkerungskreise gleichmäßig beschäftigt, der auch in die entferntesten Winkel Deutschlands gedrungen ist. Und dieser Gesprächs- und Leseloch ist politisch verboten — die Regierungen haben ihn in Acht und Bann gethan, — und sie sind es, welche ihn in den Mund der Leute gedrückt, ihm in jeder Hütte und jedem Palast den ersten Rang angewiesen haben. Wir reden natürlich von der Sozialdemokratie und den „sozialdemokratischen“, auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen“, oder wie die Polizei, Litaneisonst lautet mag.

Wohlan — sind seit zwei Monaten nicht alle deutschen Zeitungen mit sozialdemokratischen Dingen gefüllt? Haben nicht Tag für Tag die Blätter — von denen 99 Prozent uns feindlich sind — die sozialdemokratische Agitation überall hin in das Land getragen, und Thatsachen unter das Publikum gebracht, die jeden Denkfähigen zum Nachdenken zwingen und in jedem, der noch einen Funken von Ehr- und Rechtsgefühl hat, die Erkenntnis wecken müssen, daß das Sozialistengesetz eine schamlose Ausgeburt der Unterdrückungswuth und Ausschüttungswuth ist, und daß das Unrecht und die Korruption und die Rohheit nicht auf Seiten der Sozialdemokraten zu finden sind, sondern auf Seiten ihrer Gegner?

Es blühte das Sozialistengesetz nicht, und hätte unsere Partei vollkommen ungehindert in Deutschland agitieren können — es wäre ihr nicht möglich gewesen, auch nur annähernd in dem Umfang und mit der Wirksamkeit für unsere Sache zu agitieren, als es in den letzten zwei Monaten geschehen ist, und augenblicklich noch geschieht.

Es wäre der Partei unmöglich gewesen, gleichmäßig in alle Gegenden Deutschlands — in jedes Dorf, in jede Hütte zu dringen; und sie hätte nur ihre eigenen Zeitungen zur Verfügung gehabt, denen die gegnerischen Blätter an Zahl um das Hundertfache, an Verbreitung um das zwanzigfache überlegen sind.

Jetzt sind es gerade die gegnerischen Blätter, welche die Agitation für uns besorgen; und die Regierung mit ihrem Sozialistengesetz und ihrer Spitzelarmee ist es, welche durch ihren Antrag auf Verlängerung und „Verschärfung“ des Sozialistengesetzes zu dieser intensiven wie extensiven gleich großartigen Agitation für die sozialdemokratischen Bestrebungen, welche sie ausrotten will, den Anstoß gegeben, und obendrein die Kosten zu tragen hat.

Wir wollen in keine weiteren Einzelheiten gehen. Es genügt uns, die Thatsache festgestellt zu haben, daß unsere Feinde durch die Art wie sie uns bekämpfen, uns so gut in die Hände arbeiten, als wären sie unsere besten Freunde.

— Für das Schweizervolk von Interesse. Am 16. Februar brachte im schweizerischen Landtag unser Genosse Debel die Angelegenheit des Spitzels Elias Schmidt, über dessen Treiben in Zürich seiner Zeit berichtet worden, zur Sprache. Debel hob hervor, er habe Briefe in den Händen, in welchen der Dresdener Polizeikommissar Paul diesen wegen schwerer Verbrechen im schweizerischen Reich mit „mehr oder weniger“ antwortet, und richtete im Lauf der Debatte an den schweizerischen Staatsminister die Anfrage, weshalb man denn nicht auf Grund der bestehenden Verträge (Schmidt war wegen betrügerischen Bankrott rechtlich verfolgt und ist auch später zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt worden) die Auslieferung des Schmidt verlangt habe, da man doch dessen Aufenthalt kannte? Und auf diese Frage antwortete der Minister — nichts.

Polizeikommissar Paul befindet sich nicht nur immer noch in Amt und Würden, sondern ist seit jener Zeit auch befristet und befördert worden. Was wir dazu sagen? Auch — nichts.

Es gibt Dinge, die sprechen eine Sprache, breiter als die stammwörtersten Kommentare.

— Zeichen der Zeit. Man schreibt uns aus Berlin: In der letzten großen Sozialisten-Debatte behauptete Puttkamer mit der ihm eigenen junkerhaften Dreistigkeit, daß kein guter Freund, der edle Spring-Raflo, von meinsidigen Zeugen verstimmt worden sei. Er trat damit in die Fußstapfen des strebsamen Staatsanwalts Martin in Posen, der in dem jüngsten großen Sozialistenprozeß das Urtheil des Landgerichts I (in Sachen Spring-Raflo's), sowie die Zeugenaussagen unerschrockener Arbeiter, besonders die von Franz Berndt (Berlin), der entschieden als ein pflichtbewusster und opferwilliger Anhänger der Arbeiterfrage gehandelt hat und darnach in der ganzen Affäre zu beurtheilen ist, mit der ganzen Unverschämtheit eines Tollgeniesmann verdächtigte.

Solchen aristokratisch-bourgeoisischen Gemeinheiten steht der Proletarier so gut wie schloß gegenüber; es ist ihm im „Reichsstaate“ Deutschland heute unmöglich, sein Recht zu erhalten. Die „kriatanten Gemuthsungen“ werden eben nur denen in Gestalt von Akerkennungen, Geld und „Ehrenzeichen“ gewährt, welche sich um die Gesellschaft staatsrechtlich verdient gemacht haben, nach Art der Wahrheitsfreunde Raporra, Puttkamer und Spring-Raflo.

Wir leben nicht umsonst in der Kera der moralischen Wiederbegeurt.

— „Die politische Weisheit des Fürsten von Bismarck und des Grafen Camillo von Cavour“ — in zwei starken Oktavbänden von Filippo Ravioiti — so finden wir es angeknüpft in allen deutschen Zeitungen. Nun, unsere Leser brauchen sich die beiden Bände und theuern Bände nicht anzuschaffen. Wir wollen ihnen die ganze „politische Weisheit“ die darin steht, in einer einzigen Zeile liefern: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder Dummkopf regieren.“ — Cavour.

— Zur Feier des 21. Februar, des Jahrestages der Wahlen zum jetzigen Reichstage, haben unsere Dresdener Genossen am vorletzten Sonntag ein Flugblatt, in welchem die bisherigen „Thaten“ des Reichstages in schärfster Weise beleuchtet werden, in 40,000 Exemplaren in der ganzen Stadt bis in die höchsten Stockwerke verbreitet; die Verteilung war so geschickt organisiert, daß dieselbe binnen zwei Stunden beendet war und von den Hunderten der dabei Thätigen nur zwei Mann der verdungenen Polizei in die Hände fielen.

Küßel auf dem Posten!

— Aus Berlin wird uns mitgeteilt, daß unsere Genossen beschlossen haben, bei der Neuwahl für den Stadtverordneten Spiettkörper, falls dessen Mandat wegen Untergangsfähigkeiten beim Wahlakt für unzulässig erklärt werden sollte, sich der Stimmabgabe zu enthalten — ein Beschluß, den wir zwar lebhaft bedauern, aber nach den Vorkommnissen der letzten Zeit begreiflich finden.

Dieso energischer gegen die Genossen bei der Neuwahl im nächsten Reichstagswahlkreise für die Wahl Liebenowitz einzutreten. Die Gegner machen verzweifelte Anstrengungen, den Kreis der Sozialdemokratie zu erreichen. Die Ersten, die zu diesem Behufe mit Flugblättern anrückten, waren Herr Stöcker und — die Anarchisten, oder sagen wir lieber die Stöckeri in anarchoförmiger Gewand, denn daß die Aufforderung zur Wahlenthaltung nur den Zweck hat, dem schließlichen Fallstrick das Handwerk zu erleichtern, liegt auf der Hand. Nun, die eichenen Rationationen werden an dem gesunden Sinn der Berliner Arbeiter auch diesmal genau so abprallen wie bisher. Sie werden sich so wenig für den Verzicht auf die politische Aktion einzulassen lassen wie für den „hrlischen, vaterlandsliebenden, königstreuen Arbeiterkandidaten“ Stöcker'scher Fabrik.

— Um die Rückkehr vom Ausnahmengesetz zur Geltung des gemessenen Rechts anzubahnen, schlägt die Berliner „Nationalzeitung“ u. K. die Schaffung eines Reichs-Bereinsgesetzes vor, das die Vereins- und Versammlungsfreiheit noch schärfer beschränken soll, als es das reaktionäre preussische Vereinsgesetz heute schon thut. Es soll so eingerichtet werden, daß jeder Mißbrauch nichtpolitischer Vereinigungen der Arbeiter als Deckmantel dadurch unkontrollierbar sozialdemokratischer Agitation auf Grund desselben „verhütet“ werden kann. Wenn dieser Vorschlag überhaupt einen Sinn hat, so nur den, daß Rußland nach dem Gesetz in Bau und Bogen zu verewigen. Der Mißbrauch nichtpolitischer Vereinigungen zu politischen Agitationen ist bereits mittels des bestehenden preussischen Vereinsgesetzes zu treffen — notabene, wenn die Behörde ihn treffen will. Denn gerade da, wo er am ärgsten geübt wird — in den Fabrikanstalten, den Bannern und Kriegervereinen — haben die Behörden Augen, um nicht zu sehen, und Ohren, um nicht zu hören. Das bestehende preussische Vereinsgesetz ist bereits im vollen Sinne des Wortes ein Ausnahmengesetz, das seine Spitze immer nur gegen die Oppositionsparteien richtet — und schon seine Ausdehnung, so wie es ist, auf ganz Deutschland bedeutet für die große Mehrzahl der Einzelstaaten einen gewaltigen Rückschritt — und nun gar noch seine Ausdehnung in verstärkter Form! Das heißt dem System Puttkamer noch eine Extra-Zugabe in den Schoß werfen. Wenn sich die Herren Nationalliberalen zu keinem andern Vorschlag aufraffen können, so ist es wirklich besser, sie lassen dem Reich seinen ehrlichen Namen. Entweder man räumt mit dem Ausnahmengesetz gung ab, und wo ein rechtlicher Wille ist, da ist auch ein Weg dazu, oder man räumt nicht auf. Wer die Sache verschlimmern, bloß um den häßlichen Namen aus der Welt zu schaffen — die Rüge können sich die Herren ersparen.

— Wie der Wiener „Gleichheit“ von gewöhnlich gut informirte Seite mitgeteilt wird, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschlossen, noch vor Schluß des Reichstags einen Rufus an ihre Parteigenossen und die Arbeiter aller Länder zu erlassen, worin dieselben aufgefordert werden, den von der Leitung der englischen Gewerkschaften für dieses Jahr im November nach London einberufenen internationalen Gewerkschaften-Kongreß nicht zu besuchen. Das leitende Komitee der englischen Gewerkschaften hat das Ersuchen der Reichstagsfraktion, den Zutritt unter Formen zu gestatten, daß auch den deutschen Arbeitern in Rücksicht auf die deutschen Vereins- und Versammlungsgesetze und das Sozialistengesetz die Vertretung möglich wäre, abgelehnt.

Unweiselhaft war bei dieser Ablehnung die Furcht vor sozialistischen Delegirten, die im Verein mit der Opposition innerhalb der englischen Gewerkschaften leicht eine Majorität erzielen könnten, der Hauptgrund. Der Beschluß zeigt aber auch, leicht es sehr „richtig“ weiter, die wissenschaftliche der Broadhurst und Konforten, denn ein internationaler Arbeiterkongreß, auf dem die deutschen Arbeiter fehlen, ist bei der Bedeutung, welche die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt hat, ein Kompromiß. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schlägt vor, im Frühjahr 1889 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß, auf dem alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung und der Organisation vertreten sind, abzuhalten, und will die nötigen Schritte dazu thun.

— Das Zentralfest (Generalversammlung) der schweizerischen Gründervereine wird in diesem Jahre in den Tagen vom 22. bis 26. Juni in Olarus stattfinden. Auf der Tagesordnung figurieren u. A. die Frage der obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter und die Frauenfrage. Zum ersten Punkt hat der Kantonsstatistiker Käsl in Karau eine Reihe von Thesen ausgearbeitet, von denen wir die wesentlichsten hier folgen lassen:

V. Die Alters- und Invaliden-Rente soll im Minimum nicht weniger als 20 Prozent und im Maximum nicht weniger als 60 Prozent desjenigen Lohnes betragen, welchen der Versicherte in dem seiner Pensionierung vorhergehenden Jahre bezieht hat.

Die Festsetzung der Rente und der Wartelohn erfolgt innerhalb dieser Grenzen nach der Zahl der Beitragsjahre.

Die Altersrente soll, unter Vorbehalt der Uebergangsbestimmungen, ohne Rücksicht auf seine Erwerbsfähigkeit, derjenige erhalten, welcher das 65. Altersjahr vollendet hat; sie kommt in Wegfall, sobald der Empfänger Invalidenrente bezieht.

VI. Die Wittve eines Versicherten soll eine Wittvenrente

